

#isw-Leaks: Statement des Institutsrats vom 11.01. und Aufforderung zur Positionierung

Im öffentlichen Teil der Institutsratssitzung vom 11. Januar 2017 beschloss der Institutsrat des Instituts für Sozialwissenschaften folgendes Statement zu verabschieden:

Der Institutsrat erklärt hiermit einstimmig, dass unser Kollege Andrej Holm ein verdienter und sehr geschätzter Mitarbeiter des Institutes für Sozialwissenschaften ist. Er hat sich bisher überdurchschnittlich in die Erfüllung seiner Lehrverpflichtung (sowohl in den Grundlagen als auch in Vertiefungsmodulen) eingebracht und seine Seminare hatten sehr großen studentischen Zuspruch. Er begutachtete eine sehr große Zahl von Abschlussarbeiten. Er hat regelmäßig erfolgreich Drittmittel eingeworben und internationale Konferenzen und Workshops ausgerichtet. Außerdem hat er die interdisziplinäre Ausrichtung von Forschung und Lehre vorangetrieben und er hat ein großes Verdienst für den Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Öffentlichkeit. Nicht zuletzt war Holm auch aktiv in der akademischen Selbstverwaltung.

Dass der Institutsrat, als höchstes Gremium des Instituts für Sozialwissenschaften, dieses Statement gut eine Woche vor der Entscheidung, Andrej Holm zu entlassen, verabschiedet hat, ist doch sehr paradox. Offensichtlich steht das Institut hinter Andrej Holm, seiner Forschung, seiner Lehre und seinem Engagement in der akademischen Selbstverwaltung. Gleichzeitig wurde sowohl in der Formulierung als auch in der öffentlichen Kommunikation dieses Statements – es gab schlichtweg keine, besser noch: es wurde von Teilen der Professor*innenschaft und Institutsleitung darauf gepocht, dieses doch vorerst unter Verschluss zu halten/nicht zu kommunizieren sondern nur an Frau Kunst zu versenden – dafür gesorgt, dass es letztendlich ohne Wirkung blieb. Für dieses Vorgehen gibt es zwei mögliche Erklärungen:

1) Der Institutsrat steht nicht hinter dem verabschiedeten Statement.

oder:

2) Die (universitätsinterne) Hierarchie führt dazu, die eigene Meinung zurückzuhalten und lieber nicht dem zu widersprechen, was auf höheren Ebenen entschieden wird bzw. werden soll.

Möglichkeit 1 wäre schlimm, Möglichkeit 2 noch viel schlimmer. Ist es doch genau das, wofür demokratische Wissenschaft, Lehre und Gesellschaft einstehen sollten und wofür mit allem Nachdruck auch die Besetzung des ISW steht: Für den Mut zum öffentlichen Widerspruch. Gegen die stille Hinnahme von Entscheidungen, die von Autoritäten gefällt werden.

Dass der Entscheidung der Präsidentin ähnliche Strukturen zugrunde liegen, ist offensichtlich. So drückt sie in ihrer Begründung zwar die Wertschätzung für Andrej Holm aus, müsste sich aber im Falle einer Entscheidung zugunsten Holms offen gegen ihren Parteikollegen, Bürgermeister und – als Wissenschaftssenator – Chef Michael Müller stellen. Einen Mann also, von dem sie in ihrer Position als Präsidentin wesentlich abhängig ist.

Nur wenn niemand die eigene Meinung in vorseilendem Gehorsam gegenüber der Autorität zurückhält, ist die Möglichkeit einer offenen Diskussion gegeben. An einem Institut für Sozialwissenschaften sollten die Grundlagen demokratischer Theorie eigentlich gelebt werden. Wir fordern deshalb das Institut für Sozialwissenschaften sowie dessen Leitung und das Dekanat um Frau von Blumenthal auf, öffentlich Stellung zur Entscheidung der Präsidentin und zu unserer Forderung zu beziehen!

*Die Besetzer*innen des Instituts für Sozialwissenschaften #iswbesetzt*